

**XIX. GP.-NR**  
**Nr. 138 /A (E)**  
**Prs. 17. Jan. 1995**

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schweitzer, Anschöber, Dr. Kier, Ing. Langthaler,  
Dipl.-Ing. Hofmann, Dr. Preisinger

betreffend die Umsetzung der Österreichischen Anti-Atom-Politik in einer außenpolitischen Offensive im Rahmen der EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

Im 180 km von Wien entfernten Ort Mochovce, in der Slowakei, soll ein Atomkraftwerk (AKW) veralteten russischen Bautyps mit Krediten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und EURATOM fertiggestellt werden. Außerdem ist ebenfalls in der Slowakei ein Atomkraftwerk bei Bohunice in Betrieb, das ein hohes Gefahrenpotential aufweist. Bei einem Unfall im AKW Mochovce oder im AKW Bohunice läge Österreich im unmittelbaren Gefahrenbereich. Österreich hat deshalb fundamentales Interesse daran, daß das AKW Mochovce nicht in Betrieb geht und das AKW Bohunice stillgelegt wird.

**Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag**

**Der Nationalrat möge beschließen:**

1. Der Bundeskanzler und der Bundesminister für Finanzen werden ersucht, in einem Schreiben an die EBRD klarzustellen, daß die Republik Österreich die laufenden Beitragszahlungen (nach Vorbild der USA) einstellen wird, falls die Vergabe für den Fertigstellungskredit für das AKW Mochovce gegen die Interessen Österreichs beschlossen wird.
2. Für den Fall der Aussetzung der österreichischen Beitragszahlungen soll Österreich darauf hinwirken, daß auch andere EBRD-Mitgliedsstaaten ihre Beitragszahlungen einstellen.
3. Der Bundeskanzler wird ersucht, mit den Ergebnissen des Bürgerbeteiligungsverfahrens zum AKW Mochovce bis 17. März 1995 bei einem persönlichen Gesprächstermin mit dem EBRD Präsidenten de Larosiére die österreichische Haltung zum AKW Mochovce darzulegen

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den ~~Umwelt~~Umweltausschuß beantragt.